

Hochheimer Stadtanzeiger

Amtesliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Erscheint auch unter dem Titel: Kassauischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion und Expedition: Viebrich a. Rh., Rathausstraße 16. Telefon 41.

Anzeigenpreis: für die 8 Spalten
Kleinzeile oder deren Raum 6 M.
Reklamzeile 12.50 M.

Rotations-Druck und Verlag: Guido Seidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Viebrich a. Rh. — Redakteur: Paul Jorisch, Viebrich a. Rh. — Filiale in Hochheim: Jean Lauer.

Nr. 111

Donnerstag, den 21. September 1922.

Druckkosten
Frankfurt (Main) 1922

16 Jahrgang

Amteslicher Teil.

Nr. 445.
Im Hinblick an mein Schreiben vom 28. Juni 1922 Nr. 1590 teile ich mit, daß der Landesausschuß in seiner Sitzung vom 25. August 1922 beschloß:

1. die Höhe der Beiträge für Person und Tag für die hiesigen Landesausschüsse der Bezirksämter mit Wirkung vom 1. September 1922 wie folgt festzusetzen:

Bezirks- angehörige:	Sonstige Deutschl.:	Ausländer:
1. Klasse:		
Amtsamt Eichberg 110 — A	127 — A	
Amtsamt Herborn 124 — A	127 50 — A	
Amtsamt Hadamar 110 — A	127 — A	
2. Klasse:		
Amtsamt Eichberg 130 — A	150 — A	
Amtsamt Herborn 130,60 — A	151 — A	
Amtsamt Hadamar 130 — A	150 — A	
3. Klasse:		
Amtsamt Eichberg 145 — A	165 — A	
Amtsamt Herborn 155 — A	171 50 — A	
Amtsamt Hadamar 145 — A	165 — A	

2. für die auf Kosten von Krankenkassen, Gewerkschaften, Behörden und als Hilfsangehörige in der hiesigen Verwaltung Beschäftigten in der Tages- und Nachtschicht durch die hiesigen Landesausschüsse der Bezirksämter zu tragen zu kommen.

Wiesbaden, den 31. August 1922.
Der Landesausschuss in Kassau.
S. V. Dr. Groppe.

Wird veröffentlicht.
Wiesbaden, den 3. September 1922.
Kreisverwaltungsamt.
Hr. III: Jugendwohlfahrt u. allgem. Fürsorge.
Hr. II: 2. 672/1. S. V. Scheller.

Nichtamtlicher Teil.

Tages-Rundschau.

Reichsbankpräsident Hovenstein aus London zurück.

Wb Berlin, 18. September. Reichsbankpräsident Hovenstein ist aus London zurückgekehrt und hat heute vormittag dem Reichsbankrat über den Verlauf der Besprechungen Bericht erstattet. Heute nachmittag findet eine Sitzung des Reichsbankrates statt, die sich mit der Reparationsfrage beschäftigt.

Berlin, 18. September. Mehrere Blätter glauben aus der schnellen Rückkehr Hovensteins aus London auf einen glatten Verlauf der Verhandlungen mit der Bank von England schließen zu dürfen, der ein günstiges Resultat herbeiführen werde. Nach dem Abschluß der Verhandlungen des Reichsbankrates über das Ergebnis der Mission Hovensteins werde folglich die Verantwortung der belgischen Note erfolgen und zwar noch im Laufe dieser Woche.

Bereitschaft der Reichsbank zur Unterzeichnung der Schatzwechsel

Wb Berlin, 18. September. Nach der Rückkehr des Reichsbankpräsidenten Hovensteins aus London fand heute nachmittag eine Kabinettsitzung statt, in der die Frage der an Belgien auszustellenden Schatzwechsel behandelt wurde. Hovenstein teilte mit, daß die Reichsbank nunmehr bereit sei, die 6-monatigen Schatzwechsel, fällig am 15. Februar bis 15. Juni 1923 mit ihrer Unterzeichnung zu versehen. Das Reichsbankrat nahm die Erklärung Hovensteins entgegen und beschloß, der belgischen Regierung sofort eine entsprechende Mitteilung zu machen.

Einer Meldung in der Nachtausgabe des „Tag“ zufolge ist das Ergebnis der Reise Hovensteins nach London ein fast völliger Erfolg. Hovenstein hat an der Thematik in vollem Umfange seine Absichten erreicht. Die Bank von England übernimmt die Garantie für die deutschen Schatzwechsel binnen 6 Monaten und erhält wieder überdies eine Garantie von der Reichsbank binnen 18 Monaten.

Deutscher Pressedienst.

Die Blätter begrüßen den vom Reichsbankpräsidenten Hovenstein in London erzielten Erfolg als eine wesentliche Entspannung unserer außenpolitischen Lage. Da zu wiederholten Male betont worden ist, daß die Reichsbank nicht gewillt sei, einen Teil ihres Goldbestandes zu verpfänden, so hoffen es die Blätter für selbstverständlich, daß die Besprechungen in London

unter dieser Voraussetzung geführt worden sind.

Die „Kassauer Zeitung“ schreibt: Da nunmehr die Forderung der belgischen Unterhändler, von der deutschen Regierung Schatzwechsel mit nicht mehr als 6 monatiger Laufzeit und mit der Unterzeichnung der Reichsbank zu erhalten, erfüllt ist, muß der Konflikt über die Garantieforderung als erledigt und die von der Reparationskommission verlangte Einigung zwischen Deutschland und Belgien als erzielt angesehen werden.

Auch der „Vorwärts“ glaubt, aus der bisherigen Haltung der belgischen Regierung, die sich anerkennenswert verständlich und sachlich gezeigt habe, schließen zu können, daß sie sich mit dieser Lösung zufrieden geben wird, und hofft, daß diese Lösung eine gewisse Stabilisierung des Marktes zur Folge haben wird.

Die belgische Meldung.
Brüssel, 19. September. Wie die belgische Telegraphen-Agentur meldet hat der deutsche Gesandte in Brüssel heute vormittag 10 Uhr dem Minister des Auswärtigen, Jolpor, mitgeteilt, daß die Reichsbank nunmehr bereit sei, die 6 Monat-Schatzwechsel im Gesamtbetrag von 270.000.000 Mark fällig vom 15. Februar bis 15. Juni 1923, unter Verzicht auf die zunächst verlangte Verlängerung auf 12 und 18 Monate, zu unterzeichnen. Unter diesen Umständen föhlt die belgische Regierung eine gütliche Lösung der strittigen Frage ins Auge auf der Grundlage, wie sie die belgischen Delegierten in Berlin aufgestellt haben.

Mit einem abschließenden Urteil über das Ergebnis der Mission des Reichsbankpräsidenten wird man solange zurückhalten müssen, als man nicht weiß, was im einzelnen mit der Bank von England vereinbart worden ist. (D. R.)

Die deutschen Schatzbons.
Wb Paris, 20. September. Der Berichterstatter des „Matin“ hat eine Unterredung mit Theunis über die Frage der deutschen Schatzbons, der ihm erklärte, daß die Garantie der Reichsbank für die Schatzbons ausreichend erscheine. Die Frage des Wertes der Papiere sei eine banktechnische Frage. Nun seien sich aber die Techniker über den Wert dieser Papiere einig. Der beste Beweis dafür sei, daß Belgien sie schon nicht distanzieren lassen werde. Auf eine Frage, ob Belgien an den Besprechungen Hovensteins in London beteiligt gewesen sei, und ob dieses nicht eine Rückwirkung auf die von der Reparationskommission geforderte Entschädigung haben könnte, erklärte Theunis: In keiner Weise. Wir haben den Verhandlungen in London ferngeblieben. Wir werden von Deutschland Kommissar im Hinblick auf die Entschädigung der Reparationskommission erhalten. Die Reparationskommission wird von dieser Tatsache Kenntnis nehmen. Das ist alles.

London. Die Finanzkreise begrüßen einmütig Hovensteins Erfolg. Die Rückwirkung auf die Reichsbank wäre ohne Gegenwirkung der Devisenkrise nach Deutschland.

Die Allierten und der nahe Orient.

Paris. Im Namen der Regierung hat der französische Gesandte in London England Mitteilung gemacht von der Erregung, die sich der öffentlichen Meinung in Frankreich bemächtigt habe. Er hat betont, daß in keinem Falle französische Truppen an der Seite der Griechen kämpfen könnten und mitgeteilt, daß um einen Konflikt zwischen den französischen Truppen und den Türken zu vermeiden, Frankreich beschloß habe, innerhalb 24 Stunden seine Truppenabteilungen, die gegenwärtig verschiedene Punkte der neutralen Zone besetzt hielten, zurückzuziehen.

Nach weiteren Meldungen Pariser Blätter sollen in London die diplomatischen Vertreter Italiens, Rumaniens und Südamerikas gleiche Demarchen unternommen haben wie der französische Gesandte, und zum Ausdruck gebracht haben, daß sie gegen einen militärischen Widerstand auf der östlichen Seite der Dardanellen seien, da man bei der Türkei lediglich in freundschaftlichen Verhandlungen eine befriedigende Regelung der Neutralität der Meerengen durchsetzen könne.

Italien zog bereits sein Kontingent von der neutralen Zone der Meerengen zurück, wodurch es den Willen unterstreicht, auf keinen Operationen teilzunehmen und gleichzeitig die Entente-mächte planten gemeinsame Verstärkungen in die neutrale Zone abzuschicken.

Die „Bombe aus Paris“.

London. Der von der französischen Regierung an General Beldi ergangene Befehl, innerhalb vierundzwanzig Stunden mit der Ueberführung der Truppen auf die europäische Seite der Meerengen zu beginnen, erregt hier außerordentliches Aufsehen. „Daily Express“

bezeichnet diese Meldung als eine Bombe aus Paris. Es sei jetzt wahrscheinlich, daß die britische Regierung allein die neutrale Zone verteidigen müsse. Dasselbe Blatt schreibt in einem Leitartikel zu dem Beschluß der französischen Regierung, es sei nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß kein Ereignis von solchem Ernst seit dem Weltkriege das europäische Gleichgewicht gestört habe. Die plötzliche Uebernahme der Politik der französischen Regierung habe die englische Regierung vollkommen überrascht. Die Zurückziehung der französischen Truppen führe eine Krise herbei, die schwerer sei als alle bisherigen, da sie kein Akt der Freundschaft sei, und sie vermehre die Schwierigkeiten der Leute, die durch die englisch-französische Freundschaft das Beste hoffen für Europas Befriedung, in außerordentlichem Maße.

Australien nimmt an jeder Aktion teil.
Wb London, 19. September. Nach einer Blättermeldung aus Melbourne telegraphierte der australische Premierminister an Lord George, daß Australien an jeder Aktion teilnehmen werde, die nötig sei, um die Unantastbarkeit Gallipolis zu sichern. Es sei bereit, ein Kontingent zu stellen.

England und Kemal Pasha.

London, 19. September. Wie Reuters von zuständiger Seite erfährt, wurde Kemal Pasha mitgeteilt, daß, wenn er die neutralen Zonen nicht verlasse, es nicht zum Kampfe kommen werde. Verlasse er sie aber, dann werde man entweder zurückweichen oder Widerstand leisten und sich schlagen müssen. Obgleich kein endgültiges Angebot über seine künftige Haltung vorliegt, sei jetzt bekannt geworden, daß er kurz nach seiner Ankunft in Smyrna der britischen Regierung mitgeteilt habe, daß er sich nicht als im Kriegszustand mit England befindlich ansehe. Rechtlich betrachtet befänden sich alle Alliierten im Kriegszustand mit der offiziellen Türkei, aber eine Regelung der Beziehungen der Alliierten mit Mustafa Kemal sei niemals erfolgt. Die Mitteilung vom Samstag habe lediglich den wesentlichen Faktoren der politischen und militärischen Lage und die im Hinblick auf eine etwaige Verlegung der neutralen Zone bereits ergangenen Warnungen und Absichten derjenigen kundgegeben, die mit der Ausführung der Vertragsbestimmungen betraut sind.

London, 1. September. Reuters erfährt von maßgebender englischer Seite, es sei keine Rede davon, daß die britische Regierung irgend etwas unternehmen werde, was auf einen neuen Krieg hinauskomme, oder daß sie neue Operationen zu Lande oder zu Wasser plane. Es handle sich nicht darum, daß die Alliierten seit einiger Zeit in den neutralen Zonen um den Bosporus und die Dardanellen herum Truppen hätten. Diese französischen, englischen und italienischen Truppen schützten die Ausführung der Verpflichtungen aus dem Vertrag von Sevres. Die Frage, um die es sich handle, sei lediglich der Schutz dieser Streitkräfte gegen jede mögliche Gefahr und nicht Krieg gegen irgend jemand. Kemal Pasha sei davon benachrichtigt, daß er diese Zone nicht verlassen dürfe und welche Folgen eine Verlegung nach sich ziehen würde.

Eine gemeinsame Note an Angora.

Paris, 19. September. Nach einer Havas-Meldung aus Konstantinopel haben die ersten Dragomane der alliierten Botschaften dem Vertreter der Angora-Regierung in Konstantinopel eine Note mit der Bitte überreicht, sie dringlich an die Angora-Regierung weiterzugeben. In der Note wird erklärt, daß England, Frankreich und Italien es als unannehmbar ansehen, ohne Rücksicht auf die tatsächlichen Abmachungen des Friedensvertrages, daß die Neutralität der gegenwärtig von den Alliierten in der Gegend von Konstantinopel besetzten Zonen und die Neutralität der Meerengen aufrecht erhalten wird.

Die Antwort der Angora-Regierung.

Wb Paris, 19. September. Wie der „Petit Parisien“ zu wissen glaubt, hat die Angora-Regierung sich bereit, auf den von Frankreich, England und Italien unternommenen Schritt in einem gleichzeitigen mächtigen und festen Tone zu antworten. Die Antwort gehe dahin: Die Zone, zu deren Besetzung ihr uns auffordert, ist durch ein Dokument festgelegt worden, das wir nicht kennen. Den Friedensvertrag von Sevres. Nebrigens ist dieses Dokument auch für Euch selbst nicht mehr maßgebend, da ihr es nicht ratifiziert habt und da ihr aus eigener Initiative bereits eine Revision oder genauer gesagt seine Wiederdurchsicht ins Auge gefaßt habt. Dies vorausgesetzt erkennen wir stillschweigend Eure provisorische Anwesenheit da an, wo ihr Euch seit drei Jahren festgesetzt habt, indem wir den Abbruch des endgültigen Friedens abwarten. Wegen dieser Punkte werden wir keinerlei Verläufe unternehmen, d. h.

Ihr seid in keiner Weise davon bedroht, uns auf Konstantinopel, Gallipoli und noch weniger in Ost-Thrazien auf die Thakatscha-Linie vorzumarschieren zu sehen. Aber ihr solltet uns nicht daran hindern, diejenigen Punkte zu besetzen, an denen ihr bisher nie gewesen seid, an denen bisher nur die griechische Armee stand, ohne daß wir Euch für diese Tatsache an die Seite des Feindes stellen, gegen den wir noch immer kämpfen, da bisher noch keinerlei Waffenstillstand geschlossen worden ist.

Französischer Ministerrat.

Wb Paris, 19. September. Ueber den heutigen Ministerrat wurde folgender amtlicher Bericht ausgegeben: Der Ministerpräsident hat dem Ministerrat die Instruktionen überreicht, die er in Bezug auf die Orientangelegenheiten den französischen Vertretern bei den alliierten Regierungen erteilt hatte. Diese Instruktionen betreffen in allen Punkten die früher von der Regierung in der Absicht, den Frieden im Orient herbeizuführen, beschlossene Politik.

Aus Smyrna.

Wb London, 18. September. Reuters meldet aus Smyrna, daß nach den letzten vom Samstag datierten Berichten aus Smyrna die Meldungen über die Zahl der Todesopfer (ein Bericht sprach von 100.000 getöteten Christen) sich nicht bestätigen. Doch stehe fest, daß zahlreiche Armenier sich unter den Opfern befinden. Die Gesamtzahl der dortigen Flüchtlinge beträgt 200.000, in der Mehrzahl Griechen und Armenier. Am Samstag dauerte der Brand der Stadt noch an.

Zum Mangel an Zahlungsmitteln.

In einer auf Anregung des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes bei der Reichsbank abgehaltenen Besprechung von Bank-Sachverständigen aus allen deutschen Ländern wurden die Mittel zur Abhilfe der augenblicklichen Zahlungsmittelnot besprochen. Man war einig darüber, daß im Falle dringenden Bedarfs vorläufig andere Zahlungsmittel zu schaffen seien, daß aber diese Mittel drüßig verschieden sein müßten, daß insbesondere in dem einen Bezirk sich die Ausgabe von Notgeld durch große, zu diesem Zwecke zusammenwirkende Industrie-Gruppen, in anderen Bezirken durch die Handelskammern, in wieder anderen durch sonstige öffentliche, insbesondere kommunale Körperschaften sich empfehlen möge natürlich die etwa sofort zu beantragende Genehmigung des Reichsfinanzministers erforderlich sei. Wie der Verband Grund hat anzunehmen, wird das Reichsfinanzministerium solche Anträge wohlwollend prüfen und rasch erledigen. Es kann sich natürlich bei alledem nur um vorläufige, etwa für einige Monate zu beantragende Ausgabe von Notgeld handeln. Darüber, daß die Bestimmungen über die Ausgabe des Bankgeldes öffentliche, insbesondere kommunale Körperschaften sich empfehlen möge natürlich die etwa sofort zu beantragende Genehmigung des Reichsfinanzministers erforderlich sei. Wie der Verband Grund hat anzunehmen, wird das Reichsfinanzministerium solche Anträge wohlwollend prüfen und rasch erledigen. Es kann sich natürlich bei alledem nur um vorläufige, etwa für einige Monate zu beantragende Ausgabe von Notgeld handeln. Darüber, daß die Bestimmungen über die Ausgabe des Bankgeldes

öffentliche, insbesondere kommunale Körperschaften sich empfehlen möge natürlich die etwa sofort zu beantragende Genehmigung des Reichsfinanzministers erforderlich sei. Wie der Verband Grund hat anzunehmen, wird das Reichsfinanzministerium solche Anträge wohlwollend prüfen und rasch erledigen. Es kann sich natürlich bei alledem nur um vorläufige, etwa für einige Monate zu beantragende Ausgabe von Notgeld handeln. Darüber, daß die Bestimmungen über die Ausgabe des Bankgeldes öffentliche, insbesondere kommunale Körperschaften sich empfehlen möge natürlich die etwa sofort zu beantragende Genehmigung des Reichsfinanzministers erforderlich sei. Wie der Verband Grund hat anzunehmen, wird das Reichsfinanzministerium solche Anträge wohlwollend prüfen und rasch erledigen. Es kann sich natürlich bei alledem nur um vorläufige, etwa für einige Monate zu beantragende Ausgabe von Notgeld handeln. Darüber, daß die Bestimmungen über die Ausgabe des Bankgeldes

Wiederaufbau in Frankreich

Anlaßlich des zwischen Hugo Stinnes und dem Marquis de Lubert getroffenen Sachlieferungsabkommens dürfte eine Uebersicht von Interesse sein, die bei den Beratungen der französischen Kammer über den Zustand der Wiederaufbauarbeiten in den vertriebenen Landesteilen gegeben wurde: Die Zahl der vollständig zerstörten Dörfer betrug 2890; davon waren 1659 vollständig zerstört, 707 zu mehr als 75 Proz.; 434 zu mehr als 50 Proz. Außerdem waren 1700 Dörfer in der Gegend von weniger als 50 Proz. zerstört. Im Augenblick des Abschlusses des Waffenstillstandes zählte man: 293.733 vollständig zerstörte Häuser, 296.502 halb zerstörte Häuser, also 590.235 unbewohnbar. Davon waren bei Veröffentli-

sp Frankfurt. In den ersten Klaffen der
Adi, vornehmlich aber solchen, in denen
kultivierten Frauen noch man feil einigen

